Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1333
10.03.2021

Verkehrsausschuss

53. Sitzung (öffentlich)

10. März 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:33 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Thomas Nückel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Der Ausschuss kommt auf Bitte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, Tagesordnungspunkt 4 nicht heute, sondern in seiner Sitzung am 14. April 2021 zu beraten.

1 Mobilität.NRW **6**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12373

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren in einer Obleuterunde zu klären.

2 Mobilität der dritten Dimension: Die Möglichkeiten von Urban Air Mobility für ein Zukunftsbild Flughäfen nutzen 7

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12761

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der CDU-Fraktion überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren in einer Obleuterunde zu klären.

3 Modellprojekt „BOB“ -Teil-Elektrifizierung der Strecke Solingen – Wuppertal-Oberbarmen voranbringen 8

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9351

Ausschussprotokoll 17/1263 *(Anhörung am 13.01.2021)*

Stellungnahme 17/3558

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, heute noch nicht über den Antrag abzustimmen.

4 Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs: solidarisches Bürgerticket als lokales Modellprojekt ermöglichen 13

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10628

Schriftliche Anhörung des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 17/3683
Stellungnahme 17/3695
Stellungnahme 17/3662
Stellungnahme 17/3659
Stellungnahme 17/3692
Stellungnahme 17/3691
Stellungnahme 17/3596
Stellungnahme 17/3693
Stellungnahme 17/3698

Stellungnahme 17/3699
Stellungnahme 17/3702
Stellungnahme 17/3714

– wird nicht behandelt

5 „Stärkungspakt Automobilindustrie“: Arbeitsplätze in der Automobil– und Zulieferindustrie erhalten – Die schlimmste Krise in Deutschlands Schlüsselindustrie ernst nehmen – Maßnahmen zum Schutz vor Brüssels belastenden „Klimaschutz“-Vorgaben und Strafzahlungen ergreifen! 14

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9043

Ausschussprotokoll 17/1232 *(Anhörung am 02.12.2020)*

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

6 Wird der Neubau der Leverkusener Brücke zum Berliner Flughafen Nordrhein-Westfalens? Wie kommt es zu den immer neuen Verzögerungen beim Neubau des wichtigsten Projektes der Straßenverkehrsinfrastruktur in NRW? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **17**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4772

– Wortbeiträge

7 Verwaltungsvereinbarung zum Ausbau und zur Erweiterung des Radnetzes Deutschland 18

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4592

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/12493

– Wortbeiträge

8 Sachstand der Renovierung von kleinen Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen unter Berücksichtigung der zugrundeliegenden Finanzströme von Bund und Land *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **19**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4769

– Wortbeiträge

9 Sachstand des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **21**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4783

– Wortbeiträge

10 Verschiedenes **23**

Der Ausschuss kommt überein, zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Überprüfung und Moratorium der geplanten Straßenneu– und Ausbauprojekte im Bundesverkehrswegeplan und Landesstraßenbedarfsplan in NRW“ Drucksache 17/11156 keine Präsenzanhörung mehr, sondern eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

* * *

5 „Stärkungspakt Automobilindustrie“: Arbeitsplätze in der Automobil– und Zulieferindustrie erhalten – Die schlimmste Krise in Deutschlands Schlüsselindustrie ernst nehmen – Maßnahmen zum Schutz vor Brüssels belastenden „Klimaschutz“-Vorgaben und Strafzahlungen ergreifen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9043

Ausschussprotokoll 17/1232 *(Anhörung am 02.12.2020)*

(Der Antrag wurde nach Beratung am 29.04.2020 einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Verkehrsausschuss sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Nic Peter Vogel (AfD) verweist auf deutliche Luftverbesserungen in den Großstädten seit 1990, was zum einen am technischen Fortschritt, zum anderen aber auch am extremen Druck liege. So habe es in Deutschland zunächst einmal technisch nicht realisierbare Vorgaben gegeben, die die Automobilhersteller dazu gezwungen hätten zu schummeln und falsche Werte anzugeben, womit er ihr Verhalten überhaupt nicht rechtfertigen wolle.

Auch die geringen Kraftstoffverbräuche, die die EU nun ab 2030 vorgebe, könnten technisch nicht umgesetzt werden, was den Todesstoß für die Dieselindustrie bedeute. Deshalb zögen sich die Automobilhersteller aus Deutschland zurück, sodass VW beispielsweise keine Verbrennungsmotoren mehr in Deutschland baue. Damit werde erneut ein mutmaßliches Problem schlicht ins Ausland verschoben.

Zwar gebe es in Europa sehr viel strengere Vorgaben als auf anderen Kontinenten, wobei man gewiss als Vorbild vorangehen könne; allerdings gehe es nicht an, einen der größten deutschen Wirtschaftszweige komplett zu zerstören, was wohl kaum einen Nachahmungseffekt auslösen werde. Stattdessen müsse man mit Augenmaß vorgehen und die technische Realisierbarkeit beachten. Gegenwärtig stünden 1,8 Millionen Arbeitsplätze mit einer starken Wertschöpfung auf dem Spiel, denn die Menschen könnten nicht alle weiterbeschäftigt werden, weil man für die Herstellung eines Elektroautos nur ein Fünftel der Arbeitnehmer benötige.

Kein Verkehrsträger sollte einseitig benachteiligt oder – wie gegenwärtig der Fall – subventioniert werden, sondern der Markt müsse es regeln. Beim vorherrschenden Bewusstsein in Deutschland könnten Automobilhersteller mit sauberen Autos, die die entsprechend solventen Konsumenten kauften, viel Prestige gewinnen. Wer aber nicht über die finanziellen Möglichkeiten verfüge oder keine Lademöglichkeit für ein Elektroauto habe, könne dies nicht. Es gelinge nicht, eine Infrastruktur mit einem sauberen ökologischen Fußabdruck aufzubauen; trotzdem treibe man einen der größten Wirtschaftsbereiche in den Ruin.

Carsten Löcker (SPD) hält es immer für gut, die Automobilindustrie als Schlüsselindustrie zu stärken. Allerdings orientiere sich die Automobilindustrie des 21. Jahrhunderts nicht am deutschen Technologiefortschritt, der heute schon in Asien oder in Amerika geschehe. Anzunehmen, dass der motorisierte Individualverkehr wie heute fortbestehe, gehe ebenfalls fehl.

Viel dramatischer verhalte es sich mit den Standards, die für die bisherige Automobilindustrie sämtlich in Deutschland erfunden und in die weite Welt verkauft worden seien. Die zukünftigen Standards hingegen würden in Asien und Amerika gesetzt. Dabei gehe es also nicht nur um Arbeitsplätze, sondern die Autos der Zukunft müssten klimafreundlich und innovativ sein, um den in den letzten Jahren verlorenen Vorsprung Deutschlands aufzuholen; nur so könne diese Schlüsselindustrie auf Dauer bestehen. Die Entscheidungen dafür würden aber nicht mehr alleine in Europa getroffen.

Niemand halte Elektroautos in ihrer heutigen Form für das Automobil der Zukunft, denn auch hier erwarte man wie in den letzten 100 Jahren weitere Innovationen. Insgesamt müsse die Welt klimaneutral werden.

Bodo Middeldorf (FDP) weist die Behauptung zurück, die Industrie wäre gezwungen worden zu schummeln, denn sie hätte wesentlich besser dastehen können. Zudem gebe es einen weltweiten Automobilmarkt, wobei die Mehrheit der Länder eben keine geringeren Standards hätten. Schon heute verkaufe Volkswagen die Hälfte seiner Autos nach China, sodass es sich geradezu um ein Konjunkturprogramm für die deutsche Automobilindustrie handele, dass China in einigen Jahren nur noch elektrische Automobilität anstrebe. Die deutsche Automobilindustrie kümmere sich gegenwärtig darum, den Turnaround zu schaffen, um sich an die Spitze der Innovation bei der Elektromobilität zu stellen.

Batterieelektrik erachte die Automobilindustrie gegenwärtig als den besten Weg, was eine technologieoffene Politik akzeptieren müsse. Den Verbrennungsmotor sehe die Automobilindustrie hingegen auch mit Blick auf andere Kraftstoffe als energetisch und betriebswirtschaftlich überholt an. Sie dazu aufzufordern, genau an dieser Technologie festzuhalten, werde ihr also nicht helfen, sodass er den Antrag der AfD als völligen Unfug bezeichnet.

Nic Peter Vogel (AfD) stellt klar, dass die Automobilindustrie zum Schummeln getrieben worden sei, rechtfertige er keinesfalls. Nicht die Automobilindustrie, sondern die politischen Vorgaben hätten zur Elektromobilität geführt. Die Mehrheit der anderen Länder habe mitnichten höhere Standards als die EU. China sehe die Elektromobilität nur als Zwischenlösung. Die alten Diesel und Benziner aus der EU würden zuerst nach Osteuropa und dann nach Afrika weiterverkauft, was das Problem nur verlagere.

Johannes Remmel (GRÜNE) verweist auf den gestrigen Bericht von „frontal21“, der eine völlig neue Perspektive eröffne. Die AfD vertrete das politische Konzept, Angst vor der Zukunft zu machen, und darüber hinaus offensichtlich Interessen der russischen Oligarchen und des russischen Geheimdienstes, von denen die AfD

offensichtlich bezahlt werde. Diese hätten aber kein Interesse an einem starken Europa und am Ende des fossilen Zeitalters. Insofern müsse sich die AfD erklären.

Nic Peter Vogel (AfD) bezeichnet es als absoluten Blödsinn zu behaupten, er erhielte andauernd Geld aus Russland oder von anderen Leuten.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.